Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214 — 1921 Nr. 41

Bezugspreis: mit Bringer- und Abholestellen bezogen monatlich Mk. 7.—, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postgebühr.

Morgen-Ausgabe — Mittwoch, 26. Januar

Anzeigenpreis: Die 1spaltige 34 mm breite mm-Zeile 1 Mk. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Die 1spaltige 70 mm breite mm-Reklamezeile 3 Mk. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5409 und 5410. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale.

Die deutsche Gerichtsbarkeit

Der Reichstag hebt Erzbergers Immunität auf, der neue große Prozeß kann beginnen — Die Angriffe der Linken gegen die Justiz — Justizminister Dr. Heintze über die Tätigkeit der Gerichte

Haus und Tribünen sind äußerst schwach besetzt. Am Ministertisch Reichsjustizminister Dr. Heinze.

Abg. Neichhof (U. S.) fragt wegen der Ermordung mehrerer Arbeiter im Thüringischen durch Reichswehrsoldaten im Herbst vorigen Jahres an.

Regierungsseitig wird erklärt, daß die Untersuchung noch schwebe.

Auf Anfrage der Abg. Frau Dr. Matz (D. Vpt.) wegen Herbeiführung einer Einheitlichkeit der Benennung gleicher Schulgattungen und gleicher Lehrkräfte zwischen den einzelnen deutschen Ländern und einer weitgehenden gegenseitigen Anerkennung der Zeugnisse erwidert Geheimrat Pellengah, daß das Reichsministerium des Innern die Herbeiführung einer Vereinheitlichung jedenfalls befürworten werde, ebenso wie der Ausschuß der Reichsschulkonferenz. In der Zeugnisfrage sollten die bereits bestehenden Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen ergänzt werden.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Düwell (Kom.) wird nicht erteilt.

Zur Frage, ob dem

Strafverfahren gegen den Abg. Erzberger

stattgegeben werden soll, teilt Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) als Berichterstatter mit, daß der Ausschuß sich einstimmig für Aufhebung der Immunität ausgesprochen habe. Der Ausschuß meint, daß der Grundsatz der Aufrechterhaltung der Immunität nicht schablonenmäßig angewendet werden dürfe, sondern unter Berücksichtigung des einzelnen Falles und daß die Immunität nicht Sache des einzelnen, sondern, daß das Haus an sich Träger der Immunität sei. Nachdem der Helfferichprozeß ergeben hatte, daß fünf Fälle auf die Fragen hin nachzuprüfen waren, ob grundsätzlicher Meineid oder fahrlässiger Falscheid vorliegt, erfordert die Würde des Hauses die Auslieferung. Auch das Zentrum sei für die Genehmigung der Strafverfolgung eingetreten. Das Verfahren solle aber unverzüglich aufgenommen werden.

Abg. Geyer (Kom.) sieht in dem ganzen Vorgehen den Abschluß einer infernalischen Hetze der nationalen Partei gegen den Abg. Erzberger und erklärt sich deshalb gegen den Antrag des Ausschusses, da politische Motive nicht mitsprechen dürften.

Abg. Ledebour (U. S.) schließt sich dem an.

Abg. Dr. Düringer (Ztr.) stellt fest, daß Abg. Erzberger selbst die Untersuchung gewünscht hat im Interesse seiner selbst vor seiner Fraktion. Er hoffe, daß die Untersuchung bald die allgemein gewünschte Klärung schaffen werde.

Abg. Waldstein (Dem.) widerspricht der Ansicht Dr. Levys, daß das Haus sich mit seiner Stellungnahme für späterhin zugunsten des Abg. Helfferich festlege. Die Mehrheit habe übrigens nicht den mindesten Grund, sich für Herrn Helfferich einzusetzen.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Dr. Kahl (D. Vpt.) erteilt das Haus sodann mit allen Stimmen gegen die der Unabhängigen und Kommunisten die Genehmigung zur Strafverfolgung Erzbergers.

Die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Bruhn (Dn.) wird nicht erteilt.

Die Gesetzentwürfe über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920 und der Ergänzung hierzu werden debattelos an den Ausschuß verwiesen.

Es folgt die Weiterberatung des Reichsjustizetats und der dazu gestellten unabhängigen und kommunistischen

Interpellation wegen des Amnestieerlasses.

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Der Neuaufbau unseres Landes bedingt in erster Linie den Wiederaufbau der Rechtspflege. Genau wie wir nach außen den Kampf um unser Recht führen müssen, müssen wir auch im Innern das Vertrauen zum deutschen Recht wieder herstellen. Die Kriminalität ist gewachsen, ein das Volk hat sich dem Rechtsbewußtsein entzogen, weil wir während des Krieges eine Ueberproduktion an Gesetzen hatten und die Einzelbestimmungen dem Volke entfremdet wurden. Die Gesetzgebung muß weniger kompliziert gestaltet und zum Teil ganz abgeschafft werden. Die Moral muß gehoben werden, und das Rechtsbewußtsein dem Volk wieder in Fleisch und Blut übergehen. Die Justizgesetze müssen mit dem Rechtsbewußtsein übereinstimmen. Ein zu viel der Gesetze muß vermieden werden. Die Angriffe gegen die Praxis der Gerichte richten sich kaum gegen die private Justiz, sondern eigentlich gegen die Strafjustiz. Der Fall Marloh ist auf ein Friedensrichterurteil zurückzuführen. Gegen General Lydendorff hat sich nichts Belastendes ergeben. Gegen Leutnant Vogel usw. ist auf Grundlage der neuen Amnestie das Jägers Kunze ein neues Verfahren eingeleitet worden. Die drei Arbeiter sind abgeurteilt, weil ihre Sachen gestört waren. Das Kammergericht hat die Amnestie gegen Leutnant Vogel für unzulässig erklärt.

Die Gerichte müssen umgebaut werden, damit sie in eine enge Verbindung mit dem Volksempfinden kommen. Volksrichter halte ich nicht für geeignet, denn ein Richter muß doch das Gesetz kennen, außerdem muß er kühl und vorurteilsfrei jeder Sache gegenüberstehen, das kann nur der geschulte Richter. Diese Reform muß schon beim Studium beginnen, namentlich müssen die neuen Rechtsgebiete der Sozialen und Arbeiterfragen beim Studium berücksichtigt werden. Das corpus juris darf nicht vergessen werden. Wir konnten auf unsere Rechtsprechung stolz sein, namentlich auf die des Reichsgerichts. Seine Ueberlastung ist uns der glänzendste Beweis des allgemeinen Vertrauens.

Die Tätigkeit des Reichsjustizministeriums

erstreckt sich auch auf alle Gebiete der Rechtspflege, auch auf den Entwurf zur Umgestaltung der Strafrechtspflege, die seit 20 Jahren sich nicht weiter entwickelt hat und die neue Zeit im Einklang mit den Strafbestimmungen bringen soll. Auch auf den Entwurf eines neuen Reichsstrafvollzugsgesetzes rechnen wir gleichzeitig. Das Bürgerliche Gesetzbuch wird einschneidende Aenderungen erfahren. Vereinsrecht, Mietsrecht, Dienstvertrag, Mobiliar, Hypotheken heischen baldige Umgestaltung. Die Gesetze über die Unterhaltung der unehelichen Kinder, über die Vorlegung der Bilanzen an die Betriebsräte und über ihre Vertretung in den Aufsichtsräten werden dem Hause demnächst zugehen. Im Strafprozeß muß unter Zugrundelegung der bestehenden Gesetze etwas neues aufgebaut und mit dem Prinzip der Sondergerichte gebrochen werden, dann lassen sich die Kompetenzstreitigkeiten vermeiden. Enge Verbindung mit dem Leben der Arbeiterschaft wird auch unsere Gerichte zu einem näheren Verständnis der Materie bringen. Deshalb möchte ich vor der Anregung, für die Arbeiterschaft Sondergerichte zu schaffen, entschieden warnen.

Zwischen Prozessen und Rechtsstreitigkeiten muß ein Unterschied gemacht werden. Für minderwertige Angelegenheiten darf nicht der ganze große Instanzenzug zur Anwendung gelangen. Daher muß das einzelne Richtertum mehr ausgebildet und von allen Nebenarbeiten entlastet werden. Auch das Rechtsmittel der Revision muß umgestaltet werden. Die Revision liegt nicht im Interesse des Einzelnen, sondern der Rechtspflege. Aber auch bei der Zivilrechtspflege wollen wir gewisse Aenderungen treffen. Eingehende Vorarbeiten sind im Gange. Da die Gerichte aber nicht bis zu jener großen Justizreform warten können, legen wir dem Hause zunächst eine Entlastungsreform wegen der Ueberlastung der Gerichte vor. Ich bitte, diesem Entwurf ohne Parteirücksichten zuzustimmen. Vorgestehen wird ein Gesetz über Jugendpflege dem Hause zugehen.

Orgesch und rote Armee

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Landeshauptmann Escherich gewährte einem amerikanischen Korrespondenten (Mason) eine Unterredung, in der er sich über die legalen Grundlinien seiner Organisation folgendermaßen äußerte:

Die Orgesch ist durch Verfassung und Gesetz des Deutschen Reiches geschützt, und wenn Frankreich die Auflösung dieser Vereinigung fordert und die deutsche Regierung versucht, diesen Befehl auszuführen, so werden sie hierzu einen gesetzlichen Weg nicht finden. Die Orgesch hat vor dem Gerichtshof von Breslau und Stettin den Sieg davongetragen und der preußische Justizminister hat ein Gutachten dahin abgegeben, daß die Orgesch nicht verboten werden kann, da sie eine Gesellschaft ist, die sich dem Gesetz vollkommen anpaßt. Propagandisten haben mit Absicht versucht, Verwirrung zu stiften, indem sie zwei ganz voneinander getrennte Organisationen durcheinanderwarfen, nämlich die bayrische Einwohnerwehr und die Orgesch. Die bayrische Einwohnerwehr ist eine vom Staat genehmigte Bürgergarde, die Orgesch dagegen ist ein nationaler Zivilverein, der den Zweck verfolgt, alle nationalen Kräfte für den friedlichen Wiederaufbau Deutschlands zu vereinigen. Die einzige Verbindung zwischen den beiden besteht darin, daß ich, Escherich, der Landeshauptmann der bayrischen Einwohnerwehr und der Präsident der Orgesch bin. Mit russischem Geld schüren die Bolschewisten durch ihre Propaganda den Kampf zwischen den Klassen. Die Orgesch will ausgleichen im demokratischen Sinne. Die Ueberzeugung setzt sich immer mehr durch, daß eine fest zu einem Block zusammengefügte Masse von Staatsbürgern im hohen Bewußtsein ihrer Pflicht gegen die Allgemeinheit die beste Maßnahme zur Abwehr des Bolschewismus ist.

*

Und daß wir Maßnahmen zur Abwehr des Bolschewismus brauchen, ist eine Lebensnotwendigkeit. Die Kommunisten rüsten im größten Stil, um den Umsturz aller Verhältnisse herbeizuführen. Die folgende Meldung aus Berlin zeigt diese Tatsachen in ihrer ganzen Stärke:

Im Anschluß an die Kommunistenverhaftungen in Westfalen wird nun auch von Verhaftungen von Kommunisten in Berlin und von Haussuchungen bei ihnen berichtet, die den Beweis erbracht haben, daß auch in Berlin die Aufstellung einer roten Armee planmäßig bearbeitet wird. Der aufgefundene Schriftwechsel weist, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, vor allem auf Verhandlungen mit der roten Armeeleitung im Ruhrrevier hin. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Schreiben der Leitung der Roten Armee in Berlin direkt an die Kanzlei des Bolschewistenvertreters Kopp gehen, der sich inzwischen in Begleitung von elf Beamten seines Bureaus nach Moskau begeben hat.

Redner bespricht sodann die Tätigkeit der Wuchergerichte

und weist dann den Vorwurf zurück, daß die Amnestie die Linke benachteilige. Nach der Statistik des Reichsgerichts sind die Prozentzahlen der amnestierten Linken weit höher als die der Rechten. Das Reichsgericht ist von den Bahnen des Rechts in keiner Weise abgewichen. Auf Hochverrat achtet das Reichsjustizministerium genau. Sobald es sich nur um geringfügige Delikte handelt, setzen wir den Reichsanwalt nicht erst in Tätigkeit. Auch die Beziehungen zum Auslande, die Auslieferungsverträge usw. werden Sache des Reichsjustizministeriums sein. Namentlich werden wir unsere Gesetze der österreichischen Justiz anzupassen haben. Was die Kriegsverbrecher anbelangt, so sind in 32 Fällen bereits im August vor Jahres Ersuchen um Belastungsmaterial an die fremden Regierungen abgegangen. Sobald die Aussagen vorliegen, werden erst neue Schwierigkeiten erwachsen, die wir jetzt noch garnicht übersehen können. Nur England hat bislang seine Fälle erledigt. Die englischen Zeugenaussagen sind aber nicht so abgefaßt, daß sie gerichtlich verwendet werden können. Wir haben uns nun bereit erklärt, einen Vertreter des Reichsanwalts ins Ausland zu senden, um die dortigen Regierungen über die Erfordernisse unserer Prozeßführung aufzuklären. Nach England reist ein Vertreter bereits in den nächsten Tagen ab. Der Vorwurf der Verschleppung trifft und also nicht. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Rabdruch (Soz.): Ein Zug tiefer Erbitterung geht gegen unsere Justiz, geht durch unser Volk (lebhafter Widerspruch rechts), insbesondere durch die Arbeiterschaft. Die Klagen, die aus unseren Kreisen kommen, richten sich gegen die Strafjustiz. Die Strafrichter werden leider als Richter zweiten Ranges angesehen. In der Strafrechtspflege werden zum großen Teil die Richter verwendet, die in der Zivilrechtspflege nicht genügend Scharfsinn bekunden. In allen Fällen, in denen ein Abgeordneter als solcher beleidigt wird, muß die öffentliche Klage erhoben werden. Die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Strafprozeßordnung werden wir beantragen. Redner möchte vom Reichsjustizminister wissen, ob denn überhaupt auch nur ein Kappverbrecher verurteilt worden ist. Können Sie, meine Herren von der Rechten, der langen Reihe ungeahndeter politischer Bluttaten gegen linksgerichtete Politiker usw. eine Gegenrechnung von ungesühnten Verbrechen gegen rechtsstehende Persönlichkeiten entgegenstellen? Handelt es sich in allen diesen Fällen wirklich nur um unglückselige Mißverständnisse?, waren wirklich die Täter in allen diesen Fällen nicht zu ermitteln? Der Fall der Marburger Studenten wird uns Anlaß geben, bei der Beratung des Reichswehretats eine Neuordnung der Bestimmungen über den Waffengebrauch und eine Ergänzung der Strafprozeßordnung dazu zu verlangen, daß mehr als bisher auch die Angehörigen von Getöteten und Verletzten als Nebenkläger zugelassen werden. Wir fordern, daß die Berufung der Schöffen und Geschworenen durch Verhältniswahlen erfolgt. Das sollte auch dafür sorgen, daß unser Vorrang vor dem Privatrecht haben. Neben der Strafrechtsreform brauchen wir auch dringend eine Strafvollzugsreform. Reform unserer Justiz gehört aber auch ins Parlament, das nicht nur kritisiert, sondern mitarbeitet und mitregiert. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Bell (Ztr.) tritt besonders für die Reform der Reichspatentgesetzgebung ein. An Stelle des Reichspatentamtes sollte ein Reichsamt für gewerblichen Rechtsschutz geschaffen werden. Der Erfinderschutz muß erweitert werden. Nach zuverlässiger Mitteilung ist bei dem Berufsgericht in Landau ein Regierungsrat als Beisitzer tätig. Wir müssen

schärfsten Protest

dagegen erheben, daß ein Angehöriger der schwarzen Rasse über Deutsche zu Gericht sitzt. Den Reichsminister des Innern und den Außenminister bitte ich dringend, bei der gesamten Entente die nötigen Vorstellungen zu erheben. Was die Handhabung des Amnestiegesetzes angeht, so wünschen meine politischen Freunde vollste Unparteilichkeit und Gerechtigkeit nach rechts wie links. Man solle auch dafür sorgen, daß unser juristischer Nachwuchs der modernen Zeit angepaßt wird. Unsere deutsche Justiz und Rechtsprechung kann jeden Vergleich mit dem Auslande aushalten. Was die politischen Prozesse anbetrifft, so drängen sich die Gerichte nicht danach. (Widerspruch.) **In Beleidigungssachen kommt es dem Beleidigten meistens weniger auf die Bestrafung als auf die Feststellung des Tatbestandes an. In diesem Punkte versagt aber unsere Prozeßordnung. Am besten wäre es, wenn alle geplanten Reformen zusammen vorgelegt werden könnten. Die wichtigen Fragen müssen sofort in Angriff genommen werden. Hierzu gehört auch die Frage einer praktischen Vorbildung unseres juristischen Nachwuchses, namentlich auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet entsprechend der neuzeitlichen Entwicklung.** (Beifall)

Abg. Dr. Barth (Deutschnat.): Die Zeit scheint uns für die Durchführung der großen Gedanken des Ministers nicht recht geeignet. Das trifft auch für die gestellten Anträge zu. Die Angriffe auf den Minister und die Justiz sind so unerhört, daß der Schmutz, der in ihnen ausgesprochen wurde, unsere Justiz nicht erreichen kann. Sie beschimpfen die Marburger Studenten und vergessen, daß diese nur in selbstloser Vaterlandsliebe dem Aufruf ihres Ministers gefolgt sind. Auf Bayerns Veranlassung sind in das Amnestiegesetz diejenigen nicht eingeschlossen worden, die gegen Landesgerichte verstoßen haben, ferner alle die, die Kabelstreichen begangen haben oder die politische Lage zur Vornahme einiger

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101261-16/fragment/page=0001

wiedriger Delikte benutzten. Minister Severing hat auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Salzuflen durch seinen

Angriff auf die deutsche Justiz

hier besonders beigetragen. Redner spricht sich gegen die Schaffung gehobener Richterstellen aus und verlangt einheitliche Richtlinien. Die Mitwirkung der Laien ist notwendig, aber nur beim Strafrecht, beim Zivilrecht ist sie nur in Ausnahmefällen nötig. Redner spricht sich für die Beibehaltung der Sondergerichte aus und verteidigt unter Protest der Linken die bayerischen Volksgerichte. Er tritt auch für eine Erweiterung der Amtsgerichte ein und glaubt die schriftliche Begründung der Urteile entbehren zu können, lehnt Arbeitsgerichte ab und wünscht deren Angliederung an die Amtsgerichte. Die Amnestien sind kein Segen für unser Volk gewesen, hier muß einmal Halt geboten werden.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr nachmittags. Weiterberatung kleinere Vorlagen.

Die auswärtige Politik im Hauptausschuß

b. Berlin, 25. Januar.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde heute der Etat des Auswärtigen Amtes weiterberaten. Nach längeren Ausführungen der Abgg. Müller-Franken (Soz.), Dr. Schreiber (Zentr.) und Dr. Wachnitz (Dem.) fordert Dr. Hoetzsch (Dntl.) für die am 1. Februar beginnenden Verhandlungen über die Rheinschiffahrt entschiedene Wahrnehmung der deutschen Rheinschiffahrtsinteressen. In der Reparationsfrage erklärte der Redner namens seiner Fraktion zu der gestrigen Rede des Außenministers, daß Deutschland zu ihrem Bedauern auf ein nach dem Friedensvertrag ihm zustehendes Recht verzichtet habe, bevor irgendwelche bestimmte Zusagen der Gegner für solche Konzession gegeben waren. Es müsse entschieden Verwahrung gegen diese Schwenkung des Kabinetts eingelegt werden, da sie ohne jede Fühlung mit dem Reichstag erfolgt sei. Bei den Verhandlungen sei zu fordern, daß die deutschen Voraussetzungen als unabänderliche Bedingungen zu gelten hätten und daß der Standpunkt des Ministers von gestern ohne Abweichung eingehalten werde: Verhandlung erst über die Methode, d. h. die Bedingungen, und dann erst über die Leistungen Deutschlands und lieber ein Diktat als Uebernahme einer Verpflichtung, die Deutschland doch nicht ausführen könne! Der Redner warnte nachdrücklich vor einer Wiederholung der Vorgänge in Spa.

Nach Ausführungen des Abg. Bernstein (Soz.), der für eine Vereinfachung des diplomatischen Dienstes eintritt, ersucht Schulz-Bromberg (Dnatl.) die Regierung dringend, für schleunige Ermöglichung der Option der aus Polen ausgewanderten Deutschen zu sorgen, damit ihnen die Teilnahme an den Wahlen am 20. Februar freistehe. Redner wünscht ferner, daß in den mit Polen abzuschließenden Verträgen die schärfsten Kautelen für ihre Erfüllung durch Polen getroffen werden. Vorerst müßten die durch Polen zurückgehaltenen Eisenbahnwaggons aus den Kohlentransporten Oberschlesiens zurückgegeben werden als ein Unterpfand künftiger polnischer Vertragstreue.

Das Einkommensteuergesetz

w. Berlin, 25. Januar.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde die Novelle des Einkommensteuergesetzes zur Beratung vorgelegt. Minister Dr. Wirth betonte, daß die Frage der Behandlung der Steuerrüstände mit dem Steuertarif zusammenhänge. Die Frage des Veranlagungsjahres solle zunächst geklärt werden.

Staatssekretär Zapf wünschte, daß die Parteien sich über eine etwaige Tarifänderung noch vor dem 4. Februar klar werden möchten. Auch die Regierung erstrebe das Ziel, daß künftig durch den Lohnabzug die Steuerpflicht erfüllt sein solle.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages begann heute die Beratung über das Gesetz betreffend die Betriebsbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, das eine Ergänzung des Betriebsrätegesetzes ist. Neben dem Gesetzentwurf lagen dem Ausschuß zwei Abänderungsanträge vor, von denen der eine von der Mehrheitssozialdemokratie, der andere als Kompromißantrag von den bürgerlichen Parteien eingebracht war. Beide Anträge sehen eine weitergehende Erläuterung der Betriebsbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung vor, die im Gesetzentwurf nicht genügend zum Ausdruck kommt.

Der Zwischenfall Dietrich—von Graefe beigelegt. Die Vorgänge vom 18. Dezember d. J. im Reichstage haben in der deutschnationalen Fraktion zu einer Aussprache geführt, durch welche die Angelegenheit in einer alle Beteiligten befriedigenden Weise erledigt worden ist.

Die Ententekommission als Einbrecher

w. Königsberg, 25. Januar.

Nach der der „Ostpreußischen Zeitung" zugegangenen einwandfreien Mitteilung begaben sich am 17. Januar anscheinend auf eine Denunziation Mitglieder der Ententekommission im Automobil mit dem ihnen zugeteilten deutschen Begleitoffizier nach einem militärischen Lagergebäude, um dort nach angeblich verstecktem Heeresmaterial zu fahnden. Zu dem verschlossenen Raum des Gebäudes war augenblicklich der Schlüssel nicht zu erhalten, weil der betreffende Aufseher, der den Schlüssel verwahrt, nicht anwesend war. Darauf machte sich die Ententekommission daran, die verschlossene Tür mit Gewalt aufzubrechen. Der deutsche Begleitoffizier, der die Mitglieder der Ententekommission auf das Ungesetzliche ihrer Handlungsweise aufmerksam machte, erhielt zur Antwort, daß die Ententeoffiziere gezwungen seien, Gewalt anzuwenden, falls sich der deutsche Begleitoffizier dem Aufbrechen des Raumes widersetze. Die Tür wurde dann tatsächlich gewaltsam erbrochen.

Wie W. T. B. von zuständiger Stelle erfährt, hat der betreffende Raum tatsächlich nicht Ordnungswidriges enthalten.

Wigdor Kopps Nachfolger

Die „Neue Zeit" erfährt von besonderer Seite folgendes: Von bolschewistischer Seite wird bestritten, daß Kopp abberufen wird. Wir können demgegenüber mitteilen, daß Kopps Rolle in Berlin ausgespielt ist. Selbst für den Fall, daß er aus Moskau nach Deutschland zurückkehren würde, so würde sein hiesiger Aufenthalt nur kurze Zeit dauern. Als Nachfolger für Kopp ist bereits Gillerson, der Prager Sowjetvertreter, in Aussicht genommen. Mit der Tätigkeit des Prager Vertreters soll die bolschewistische Regierung sehr zufrieden sein, da er mit seiner Propaganda große Erfolge nicht nur in Tschechien, sondern auch in ganz Galizien gehabt haben soll.

Sollte Wigdor Kopps' Nachfolger tatsächlich der Prager Gillerson sein, so können wir uns außerdem schon jetzt auf große Dinge vorbereiten. Gillerson ist einer der gerissensten und erfolgreichsten Verschwörer, die Röte-Moskau überhaupt zur Verfügung stehn. Mit ihm verglichen ist Wigdor Kopp ein harmloses Lämmlein. Und das will schon etwas besagen.

Demokratischer Bauernfang

Wie traurig es mit den Aussichten der Demokratischen Partei im hiesigen Wahlkreise stehen muß, zeigen die eigenartigen Wege, die seit Wochen von einem ihrer Parteisekretäre, Herrn Walther, Merseburg, beschritten werden.

Dieser Herr unternimmt es, in den verschiedensten Kreisen den Landwirten vorgedruckte Formulare gegen Bezahlung von je 25 M für die demokratische Parteikasse auszudrängen, auf Grund derer die Hereingefallenen sich an das Landeskulturamt zwecks sogartiger Ueberlassung von Siedlungsland wenden sollen. Bei dieser Behörde laufen täglich Dutzende dieser Zettel ein, die selbstverständlich keinerlei Berücksichtigung fanden. Außerdem müssen sich die Landwirte noch verpflichten, 5 Mark für jeden Morgen wiederum an die demokratische Parteikasse zu zahlen, falls sie auf Grund ihres Gesuches an das Landeskulturamt tatsächlich Land erhalten sollten.

Bismarck hat noch heute recht, wenn er die Demokratie alias Freisinn als Vorfrucht der Sozialdemokratie bezeichnet hat. Zuerst werden die Bauern in einer widerlichen Weise aufgehetzt, in ihnen systematisch der Neid geweckt — ganz wie die Sozialdemokratie arbeitet — und dann ihnen unter Vorspiegelung falscher Hoffnungen Geld für die Parteikasse herausgelockt, obwohl sich die Demokratische Partei wohl darüber klar sein dürfte, daß alle diese Gesuche an das Landeskulturamt bei dem Stande der Dinge erfolglos sein werden. Daß der Parteisekretär Walther, Merseburg, sogar gedruckte Formulare zu seinem Zwecke verwendet, zeigt das Einverständnis der Parteileitung mit diesem echt demokratischen Stimm- und Bauernfang.

Die „Saale-Zeitung" brachte eine Artikelserie, in der das Selbstlob der Demokratie gesungen wurde. Wie reimt sich das vorstehende Verfahren mit all den edlen Grundsätzen zusammen?

Wir hoffen, daß das Landeskulturamt nunmehr öffentlich gegen diesen groben Unfug Stellung nimmt, und erwarten, daß der gesunde Sinn der Landwirte Herrn Walther, Merseburg, wie es schon im Merseburger Kreise geschehen ist, nunmehr überall mit größtem Mißtrauen begegnet. Die Demokratie beginnt mit der Aufteilung der großen und mittleren Wirtschaft; die Sozialisten als Verbündete und Gesinnungsfreunde der Demokraten werden alsdann noch radikaler vorgehen und allen Landbesitz, auch den kleinsten, sozialisieren. Zeitmaß und Art des Vorgehens wird dann von der jeweiligen Richtung der sozialistischen Parteien abhängen.

Der Zerfall der demokratischen Partei

Die bisher demokratische „Rostocker Zeitung" gibt folgende Erklärung ab: „Wir sehen in diesem provozierten Regierungswechsel ein Unglück für Mecklenburg und müssen die, die uns in schwerer Wirtschaftsnot politische Unsicherheit schufen, bekämpfen. Aus dieser Ueberzeugung müssen aber auch die Konsequenzen gezogen werden. Wir haben es getan: Die Redaktion der „Rostocker Zeitung" hat heute ihren Austritt aus der Deutschen demokratischen Partei dem Vorsitzenden der Rostocker Ortsgruppe schriftlich mitgeteilt."

Ein amerikanisches Urteil über deutsche Regierungskunst

Nachstehende Uebersetzung aus einem Brief aus Cambridge, Mass. vom 10. Dezember 1920 möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten:

.... Es ist furchtbar schwierig, für das deutsche Volk politisch zu wirken, vor allem auch deshalb, weil die deutsche Regierung keine Faser von moralischem Rückgrat zu haben scheint. Man weiß im Ausland immer genau zum Voraus, was die deutsche Regierung tun wird, sie wird eben nachgeben und dann heißt es, die deutsche Regierung hat die Forderung angenommen, daher muß sie sie auch halten. Daraufhin werden auf Grund der angenommenen Forderungen neue Forderungen gestellt, und so geht der circulus vitiosus weiter, denn die deutsche Regierung gibt eben nach, auch wenn sie alles menschliche und göttliche Recht auf ihrer Seite hat.

Wann wird man endlich lernen?

Eine Spende aus Amerika. Der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe hat in der letzten Sitzung seines Arbeitsausschusses einen Verteilungsplan für eine Riesenspende des amerikanischen Roten Kreuzes genehmigt, deren Wert auf etwa 20 Millionen Mark geschätzt werden kann. Es handelt sich um rund eine halbe Million Ellen Flanell und zahlreiche Kisten mit Unterzeug, Kleidern, Garn und Flanellstücken. Durch diesen Verteilungsplan ist dafür Sorge getragen, daß derjenige Teil der Sendung, der von den Spendern nicht an bestimmte Adressen aufgegeben worden ist, über das ganze Deutsche Reich nach Maßgabe der Notlage unter Berücksichtigung der Wohlfahrtsausschüsse derjenigen Kommunalverbände verteilt worden ist, die bisher mit Textilien noch am wenigsten bedacht werden konnten. In der Provinz Sachsen werden bedacht: Bitterfeld, Calbe, Eisleben, Erfurt, Grafschaft Hohenstein, Halberstadt, Halle (Saale), Heiligenstadt, Magdeburg, Mansfelder Gebirgskreis, Merseburg, Mühlhausen, Naumburg, Nordhausen, Quedlinburg, Salzwedel, Schleusingen, Wanzleben, Weißenfels, Worbis und Zeitz.

Von der „Krone". Der Herausgeber der Zeitschrift „Die Krone", Dr. Ernst Wachler in Wehlen a Elbe, teilt mit, daß seine geschäftlichen Beziehungen zum Rowe-Verlag (Wehlen a. Elbe) gelöst sind. Geschäftliche Zuschriften, Reklamationen, Geldsendungen, Bestellungen für „die Krone" werden von jetzt ab an die Firma Karl Keilig, Buchdruckerei, Dresden N. 22, redaktionelle Zuschriften an den Herausgeber erbeten.

Die Kandidaten für den Nobelfriedenspreis. Die Interparlamentarische Gruppe des schwedischen Reichstags hat beschlossen, als Kandidaten für den Nobelfriedenspreis den Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, den Norweger Christian Lange, und den früheren schwedischen Ministerpräsidenten Branting vorzuschlagen. Ursprünglich sollte der Nobelfriedenspreis Wilson und Lange verliehen werden.

Im Steuerausschuß des Reichstages gab bei der Weiterberatung des Gesetzes über das Reichsnotopfer Reichsfinanzminister Dr. Wirth hinsichtlich der Annahme von selbstgezeichneter Kriegsanleihe eine entgegenkommende Erklärung ab. Auf dem Verordnungswege soll bestimmt werden, daß die bis zu einem Monat nach Zustellung des vorläufigen Steuerbescheids nachweislich selbst gezeichneten Stücke Kriegsanleihe zum Nennwerte in Zahlung genommen werden. Für an Abkömmlinge geschenkte Kriegsanleihe soll eine Vergünstigung bei der Zahlung des Reichsnotopfers nicht eintreten.

Die Erbin von Lohberg

55] Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

„Wenn das nicht die Photographie ihrer Zwillingsschwester ist, oder ihrer Doppelgängerin, dann strecke ich die Waffen und sage ebenfalls: es ist die Komtesse Lohberg", bekannte der Arzt nach einer Pause. „Und ich wiederhole: es schlägt alles in meiner Praxis Dagewesene. Wenn Sie Zeit haben, mein Herr, dann begleiten Sie mich in meine Wohnung, und ich will Ihnen dann aus meinem Konsultationsbuch den Befund meiner ärztlichen Untersuchung der Komtesse Lohberg vorlesen; falls Sie mit den fachtechnischen Ausdrücken vertraut sind, werden Sie mir recht geben, wenn ich als Summe darunter schreiben konnte: „Hoffnungsloser Fall; Lungensucht infolge Vererbung." Es passiert mir zum ersten Male, daß ich den Zusatz machen muß: „War ein Irrtum."

„Errare humanum est", meinte Windmüller, der noch andere Leute kannte, die mehr oder minder gesund herumgingen, trotzdem der Arzt sie vor Jahren als „hoffnungslos" aufgegeben hatte, mehr noch, die nach der Ansicht ihrer Aerzte überhaupt gar nicht mehr das Recht hatten, zu leben. Immerhin war ja der Fall ganz interessant, und nachdem Windmüller sich von Madame Burnand herzlich verabschiedet hatte, begleitete er den Arzt zwar nicht nach dessen Wohnung, aber doch ein Stück Weg weiter aufwärts; denn bis der Paris—Mailänder Eilzug eine Minute in Aigle anhielt, waren es noch viele Stunden des Wartens, die ihm blühten.

Auch diese Geduldsprobe war endlich überstanden; der Zug durcheilte in tiefer Nacht das Rhonetal bis Brig, dann den achtzehn Kilometer langen Simplontunnel, und im Licht der aufgehenden Sonne fuhr er dann die schöne Strecke am Lago Maggiore entlang mit dem Blick auf die Borromäischen Inseln, die wie in rotes Gold getaucht in dem von der Morgenbrise leicht gekräuselten See lagen. Dann raste der Zug in die Mailänder Ebene hinein und fuhr endlich in den riesengroßen, häßlichen Bahnhof der lombardischen Hauptstadt ein, wo der übliche Hexensabbath wild daherstürmender Reisender, schreiender Facchini und Zeitungsverkäufer, greller, nerventötender Pfiffe und rollender Gepäckkarren begann. Windmüller hätte nun in dem direkten Wagen nach Venedig, in welchem er gekommen, nach einstündigem Aufenthalt weiterfahren können, aber er war nun zwei Nächte nicht mehr ins Bett gekommen und sah nicht ein, warum er sich nicht ein paar Stunden richtigen Schlafs genehmigen sollte, da es ja noch früh am Tage war und er mittags noch mit einem guten Zuge weiterreisen konnte. Er nahm deshalb nur seine Reisetasche mit sich und ging in eines der dem Bahnhof gegenüberliegenden Hotels, ließ sich dort ein Zimmer geben, befahl, ihn eine halbe Stunde vor der „Collazione", dem Gabelfrühstück, zu wecken, und schlief bis zu dieser Zeit den wohlverdienten Schlaf der Gerechten.

Im Speisesaal vernahm er dann die auf italienischen Bahnen nicht gerade ungewöhnliche Kunde einer Betriebsstörung auf der Strecke Mailand—Venedig, welche die Reisenden in Brescia festgehalten, wo sie vermutlich noch bis zum Abend genötigt waren, auf ihre Weiterreise nach beiden Richtungen zu warten. Brescia ist ja eine sehr interessante alte Stadt, reich an Kunstschätzen und historischen Reminiszenzen, aber sie war Windmüller wohlbekannt, und außerdem hatte er, abgesehen davon, daß er mit seiner Reise einen bestimmten Zweck verfolgte, gar keine Lust, auf dem Bahnhof von Brescia das Freiwerden der Strecke abzuwarten; er entschloß sich daher, erst nach Florenz und von dort nach Venedig zu fahren.

Hastig seine Mahlzeit beendend, eilte er auf den Bahnhof hinüber und erreichte dort auch noch den Florentiner Zug, der ihn über Parma und Bologna durch die zweiundvierzig Tunnel der interessanten Apenninenbahn bei Eindruck der Nacht ohne wesentliche Verspätung in die toskanische Hauptstadt brachte.

„Ich möchte wissen, ob die kleine an sich ja unwesentliche Abänderung meiner Reiseroute Florenz—Venedig, statt umgekehrt, meine Nachforschungen günstig oder ungünstig beeinflussen wird", dachte er, während er in seiner offenen Droschke dem Albergo Paoli zurollte. „Nicht, daß ich mir von Florenz besonders viel erwarte; denn es ist höchst unwahrscheinlich, hier noch heute zu finden, die über das Trio Lohberg-Ellbach ihre kleinen Beobachtungen gemacht haben. Es wäre wenigstens ein besonderer Glücksfall; denn in Hotels wechseln die Gäste rasch und oft auch das Personal. Ich hatte mir Florenz so als das Tüpfelchen auf dem i eingebildet, womit gesagt sein soll, daß es eigentlich falsch ist, erst das Tüpfelchen zu machen, bevor man weiß, ob man auch die Tinte fürs i finden wird. Dennoch hat ein Impuls mich hierher geführt, statt hübsch brav in Brescia zu warten, bis die Strecke nach Venedig wieder frei ist. Hm — werden ja sehen, was dabei herauskommt."

Für jemand, dessen Aufenthalt in Florenz nur kurz bemessen ist, liegt das Hotel Paoli so ungünstig wie nur möglich; fern vom Zentrum der Stadt, am Lungarno della Zecca, gegenüber der Höhe von San Miniato, ist die Lage für einen langen Aufenthalt dagegen ideal, besonders für jemand, der nicht darauf angewiesen ist, den weiten Weg bis zu den Museen zu Fuß zurückzulegen; denn der Lungarno della Zecca, zwischen Ponte alle Grazie und Ponte in Ferro gelegen, ist eine ruhige Stadtgegend, in welcher man vom Straßenlärm ganz unbehelligt leben kann. Für Windmüller war es von größtem Wert, bei seinem Abschied von Lohberg, gewissermaßen schon mit dem Fuß im Zuge, erfahren zu haben, wo die Ellbachs mit ihrer Tochter in Florenz gewohnt; denn das machte die Sache für ihn wesentlich einfacher und ersparte ihm die Nachforschung ihrer Adresse im Register des Meldeamts auf der Polizei und eine eventuelle Uebersiedlung in das Hotel, falls sie ein solches bewohnt hatten, sowie das mühselige Nachforschen und Herumfragen in einer Privatwohnung. Es wäre ja scheinbar das einfachste gewesen, Leonore oder ihre Eltern beiläufig ganz harmlos zu fragen, wo sie in Florenz gewohnt hatten, es lag aber Windmüller daran, durch nichts den Verdacht zu erwecken, als nehme er ein Interesse an ihrem italienischen Aufenthalt. Durch die Freundlichkeit der kleinen Fritz Voltnitz, ihm auf dem Bahnhof Lebewohl zu sagen, war es ihm dann noch wohl möglich gewesen, die Florentiner Adresse zu erfahren, und froh, gleich an die richtige Quelle zu kommen, fuhr er am Albergo Paoli, einem nicht allzugroßen, ruhigen und vornehmen Hotel, vor, frug an, ob er für voraussichtlich nur kurze Zeit ein Zimmer haben könnte, und berief sich dabei auf die erfundene Empfehlung von Herrn und Frau von Ellbach und ihrer Tochter, der Comtessina Lohberg, „die in erst unlängst nach längerem Aufenthalt das Hotel verlassen hätten".

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101261-16/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 26. Januar.

Wahlkarten abgeben!

Der Magistrat der Stadt Halle gibt bekannt:

Beim Zusammenstellen der Wahlkarte hat sich gezeigt, daß eine sehr große Anzahl von Wahlkarten noch nicht zurückgegeben worden ist; z. T. fehlen sogar die Karten der Wahlberechtigten ganzer Häuserzeilen. Da die Aufnahme in die Wählerliste — Wahlkartei — die Vorbedingung zur Ausübung des Wahlrechts bildet, bitten wir, die noch in den Händen der Wähler oder der Hauswirte befindlichen Karten möglichst sofort — spätestens aber bis zum 30. Januar cr. — im Versteigerungsraum des städtischen Grundstücks, an der Marienkirche 4, Eingang Treppe Hallmarkt, abgeben zu wollen.

Auch diejenigen Wahlberechtigten, die ihre Karten zurückgegeben haben, denen jedoch ein Wahlausweis nicht zugeht, werden gebeten, innerhalb der vorbezeichneten Frist schriftlich oder mündlich einen Antrag auf Ausstellung eines Ausweises zu stellen, da dieser bei der Wahl vorzulegen ist.

Nach den gesetzlichen Vorschriften müssen die Einsprucherheber für die Richtigkeit ihrer Behauptungen, soweit sie nicht offenkundig sind, Beweismittel beibringen. Hierzu eignen sich am besten Wohnungs-, Lebensmittelscheine oder polizeiliche Anmeldungen.

*

Bei dieser Gelegenheit machen wir darauf aufmerksam, daß die Wählerlisten täglich bis einschließlich nächsten Sonntag von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags im städtischen Bethaus, an der Marienkirche 4 (Eingang Hallmarkt), eingesehen werden können. Auf dem Lande liegen die Wählerlisten auf den Gemeindeämtern aus.

— **Der Schulstreik in der Hutten- und Lutherschule beendet.** Die Versammlung der sozialistischen Elternbeiräte beschloß am Montag abend, den Schulstreik in der Hutten- und Lutherschule heute, Mittwoch, abzubrechen, und zwar auf die Zusicherung des Magistrats hin, daß die Lutherschule bis zum 20. März von den Flüchtlingen geräumt werden würde, so daß der Unterricht in dieser Schule mit Beginn des Sommerhalbjahres im vollen Umfange aufgenommen werden kann. Falls sich dies nicht durchführen läßt, wird seitens der sozialistischen Elternbeiräte mit einem Generalschulstreik für sämtliche hiesige Volksschulen gedroht!

— **„Kommunistische Zensur in der Volkszeitung".** Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die hiesige „Volksstimme" folgendes ungeordnetes Manuskript eines Schriftstellers der unabhängigen „Volkszeitung": „Ein Angestellter der Genossenschaftsdruckerei ist seit mehr als eineinhalb Jahren unbesoldeter Stadtrat. (Der Kommunist Osterburg. Die Red.) Er hat von der Genossenschaftsdruckerei während dieser ganzen Zeit sein volles Gehalt weiterbezogen, ohne der Druckerei dafür die geringste Gegenleistung zu bieten! Er war von seinem Stadtratsposten so ausschließlich in Anspruch genommen, daß er den Weg zur Druckerei nur an den Zahltagen fand; erst die am Schlusse des alten Jahres neugewählte, in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der U. S. P. bestehende Verwaltung hat ihn wieder zu einiger Arbeitsleistung in der Druckerei zu bewegen verstanden ..." Die „Volksstimme" bemerkt hierzu: So hatte der unabhängige Redakteur geschrieben, aber drucken lassen durfte er es nicht. Der kommunistische Korrektor, denn das war der erwähnte Stadtrat, nahm seine Tätigkeit in diesem Augenblick wieder auf, indem er den Redakteur korrigierte und die angeführte Stelle strich. Vom Betriebsrat der Druckerei ließ er sich bestätigen, daß dies die wahre Tätigkeit eines Korrektors sei und erklärte: „So lange ich hier Korrektur lese, kommt nur das ins Blatt, was ich will". — Ganz wie im russischen „Paradiese"!

— **Protest gegen die Erhöhung der Kollegelder.** In einer Versammlung der Vertreter des Schwarzburgbundes in Berlin wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Vor einigen Tagen ging durch die Zeitungen die Nachricht von einer bevorstehenden neuen Erhöhung des Honorars an den Hochschulen. Die anläßlich einer Tagung in Berlin versammelten Vertreter der Schwarzburgverbindungen fast sämtlicher Hochschulen Deutschlands erheben gegen diese Maßnahme einmütig den allerschärfsten Einspruch. Sie sehen in der angekündigten Erhöhung des Honorars auf mehr als das Dreifache eine ernste Gefahr für die gesamte Studentenschaft, die schon jetzt mit den größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Für einen großen Teil der Studenten, namentlich derjenigen, die dem an sich schwer geprüften Mittelstande angehören, wird diese finanzielle Mehrbelastung notwendig die Aufgabe des Studiums nach sich ziehen. Die anwesenden Vertreter des Schwarzburgbundes erwarten daher, daß die maßgebenden Stellen von einer Erhöhung des Honorars absehen werden, wenn sie die ernsten Folgen einer solchen Maßnahme für die geistige Wiederaufbauarbeit gebührend berücksichtigen. Diese Entschließung wurde eingesandt an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, an das Preußische Finanzministerium, an die Preußische Landesversammlung, an den Reichstag und an die Geschäftsstelle der Deutschen Studentenschaft in Göttingen.

— **Kleinkinderspeisung durch die Quäkergesellschaft.** Diese gestern von uns veröffentlichte Bekanntmachung muß dahin berichtigt werden, daß vom 1. Februar ab auch Kleinkinder, d. h. Kinder zwischen zwei (nicht fünf) und sechs Jahren an den Speisungen teilnehmen dürfen.

— **Sächsisch-Thüringischer Verein für Erdkunde.** Die Vortragsreihe von Professor Dr. Schlüter wurde am Montag abend durch die Behandlung der Bewegungen des Meeres fortgesetzt. Im Meerwasser sind über 30 Elemente gelöst nachgewiesen, welche den Salzgehalt des Wassers bilden; 78 Proz. dieser Substanzen bestehen aus Chlornatrium. Die gesamte Salzmenge des Meerwassers würde, als Schicht über den Ozeanen ausgebreitet, eine Dicke von 60 Meter haben. Die rötliche Farbe des Meereswassers wird durch das Blaskor, mikroskopische Lebewesen, nicht selten grün gefärbt. Die über das Meer streichenden Winde verursachen die Wellenbewegung. Die Höhe der Wellen wird in der Regel stark überschätzt, die höchsten Wellen dürften 6—8 Meter hoch sein; dagegen beträgt die Länge der Wellen 2—300 Meter, sie sind also sehr flach. Hört der Wind auf, so bleibt die Wellenbewegung noch eine Zeitlang als Dünung bestehen. Am Strande überstürzen sich die Wellen infolge der Reibung auf dem Boden und stürzen nun am Strand aufwärts. Die Anziehung des Mondes und der Sonne auf das Meereswasser äußert sich in dem Auftreten von Ebbe und Flut. Ihre Höhe beträgt auf dem offenen Meere etwa 80 Zentimeter, dagegen in sich verschmälernden Buchten bis zu 15 Meter. Zwischen Afrika und Südamerika schwemmt der Flutberg nach Norden durch den Atlantischen Ozean ab und verläuft in der Nordsee sogar wieder von Norden nach Süden. Meeresströmungen können zum Ausgleich der Dichte und des Niveaus entstehen. Aus der Ostsee fließt ein Oberstrom leichteren Wassers, das der Ostsee durch die Flüsse zugebracht wird, nach der Nordsee; ein Unterstrom schwereren Salzwassers strömt in der entgegengesetzten Richtung. Die gleichen Verhältnisse liegen beim Schwarzen Meer vor. Dagegen empfängt das Mittelmeer nur geringe Zuflüsse, es verliert vielmehr durch die Verdunstung Wasser. Es entzieht daher ein Oberstrom in östlicher, ein Unterstrom in westlicher Richtung an der Straße von Gibraltar. Diese Bewegung ist bis ins östliche Mittelmeer zu verfolgen. Die eigentlichen Meeresströmungen, welche durch Flaschenposten und durch die Stromverlegungen der Schiffe nachgewiesen werden, werden durch die vorherrschenden Winde verursacht. Die zu beiden Seiten des Aequators wehenden Passate rufen in den einzelnen Meeresteilen geschlossene Meeresströmungen, die Aequatorialströmungen, hervor. Der Ersatz des abströmenden Wassers erfolgt durch die äquatoriale Gegenströmung und durch Auftriebwasser. Aus diesem Kreislauf entwickeln sich östliche Meeresströmungen, der Golfstrom im Atlantischen und der Kuroschio im Großen Ozean. Im nächsten Vortrag am Montag, den 31. Januar, sollen die Küsten und ihre Formen behandelt werden. Karten für Nichtmitglieder bei Hempelmann und Krause. — Nächste Fachsitzung Mittwoch, den 26. Januar, im Hotel Kaiserhof, Reisstraße 132.

— **Der Hallische Lehrer-Gesangverein** veranstaltete am Sonnabend ein Konzert als 113. Bildungsabend im Schloßgartensalon zu Merseburg. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und die Zuhörer lauschten mit Aufmerksamkeit auf die Klänge dieses großen Männerchores, der die wertvollsten Stücke seines jetzt erarbeiteten Gesangsgutes darbot. Es waren Kunst- und Volkslieder geistlichen und weltlichen Inhaltes, darunter 3 Chorballaden und 2 Chöre mit Sopransolo, letzteres von Frau Trenkner-Merseburg mit klarer, frischer Stimme gesungen. Herr Konzertsänger Ernst Meyer-Halle, ein glänzender Tenor, trug Lieder von Schubert und Schumann vor. Herr Gloël begleitete dazu am Flügel und die Herren E. und M. Schröter spielten die Begleitung zu 2 Chören. Die Leitung des Konzertes lag in den Händen des Vereinsdirigenten, Seminarmusiklehrer Trenkner-Merseburg. — Edle Musik in künstlerischer Ausführung ist in unserer Zeit ein wirksames Mittel, die Menschheit emporzuheben und das kann als Erfolg dieses Abends für beide Teile, für Hörer und Sänger, festgestellt werden. Der V. G. V. hat sich somit auf ein neues Gebiet begeben, die Musikpflege in andern Orten zu beleben und er wird sich gern bereitfinden, auch weiterhin auswärts aufzutreten.

— **Die Saale ist vollfrig** und auf tiefergelegenen Stellen der Passendorfer Wiesen nicht unerheblich ausgetreten.

— **Ein Kirchenkonzert** findet am Donnerstag, den 27 d. M., abends 8 Uhr, in der Ulrichskirche statt. Das Konzert wird ausgeführt vom Konzertorganisten Adolf Wieber und der Sängerin Else Verberg-Hannover. Karten zu der empfehlenswerten Veranstaltung sind bei H. Holkan, Gr. Ulrichstraße 38, und an der Abendkasse zu haben. Der Reinertrag fließt dem Fonds zur Ausbesserung der Ulrichskirche zu.

Familien-Nachrichten.

Todesfälle: Am 23. Januar Oswald Jobke im 57. Lebensjahr. — Am 23. Januar Auguste Taube geb. Brandt im 51. Lebensjahr. — Am 24. Januar Emilie Breithaupt geb. Steiner im 84. Lebensjahr. — Am 23. Januar Klara Heinicke im 53. Lebensjahr. — Am 23. Januar Marie Gast.

Provinz Sachsen

— **Teuchern,** 25. Jan. (Spende.) Die jetzt verstorbene Witwe Rugsch hat über ihr einige 20 000 M. betragendes Vermögen wie folgt verfügt: 2000 M. erhält die Stadt für die Pflege des Grabes, 1000 M. und 500 M. sind zu Legaten bestimmt und von dem Rest, von dem noch die Begräbnisgebühren abgehen, erhält die Mutter der Verstorbenen die Hälfte als Pflichtteil und die andere Hälfte ist zu kirchlichen Armenzwecken bestimmt. Im Nachlaß fand sich u. a. auch ein Betrag von 250 M. in Gold vor.

— **Herbst,** 25. Jan. (Verhaftete Getreidediebe.) Der Polizei gelang es, drei Einbrecher festzunehmen, die aus dem Grunstück des Landwirts Schumann 20 Ztr. Hafer entwendet hatten. Ebenso konnte sie die Diebe dingfest machen, die vor einigen Tagen auf dem Hohelohzmarkt eine Wohnung völlig ausplünderten und das Diebesgut verkauften.

m. **Bernburg,** 25. Januar. (Ein bemerkenswertes Urteil) fällte das hiesige Schöffengericht. Es verurteilte das Dienstmädchen E. Keller zu 14 Tagen Gefängnis, weil es mit einem jungen Manne in intimem Verkehr getreten war, obschon es, wie ihm bekannt war, an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit litt.

— **Dessau,** 25. Jan. (Einbruchsdiebstähle.) Aus einem Schneidereigeschäft wurden Herrenkleiderstoffe im Werte von 15—20 000 M. gestohlen. Aus einem andern Geschäft wurden 50 Tafeln Schokolade, 400 Zigaretten und 300 Zigarren gestohlen. — Aus dem Unterkunftshäuschen im Schillergarten wurden verschiedene Werkzeuge gestohlen, ebenso wurde eine Bretterbude an der Kochstedter Straße erbrochen.

— **Dessau,** 25. Jan. (Tödlicher Unfall.) Beim Hantieren mit einem Schweißapparat kam in der Brauerei von Schade ein Kupferschmiedelehrling dem Gasapparat zu nahe. Dieser explodierte, wodurch der Lehrling getötet wurde.

— **Zwickau,** 25. Jan. (Schwere Schlagwetterexplosion.) Am Montag vormittag zwischen 7 und 8 Uhr ereignete sich auf dem im Ortsbereich von Oelsnitz im Erzgebirge gelegenen „Friedensschacht" der Oelsnitzer Bergbaugewerkschaft eine schwere Schlagwetterexplosion deren Wirkung sich zurzeit noch nicht klar übersehen läßt, da der größte Teil der Belegschaft im Schacht eingeschlossen ist. Von den Werken des Oelsnitzer Reviers sind sofort die Rettungsmannschaften abgesandt worden. Die Bergungsarbeiten sind in vollem Gange. Die Zahl der Opfer an Toten und Verwundeten läßt sich bisher noch nicht übersehen. Bisher sind aber, wie wir hören, 39 Tote schon geborgen.

Volkswirtschaft

Zur Lohnbewegung in Mitteldeutschland

Die gestrige Verhandlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, über die wir berichtet haben, erbrachte die neue Lohntafel. Diese soll nach Meldungen wie folgt aussehen:

1. Alle auf den Werken beschäftigten erwachsenen Arbeiter erhalten in den Kernrevieren eine Zulage von 3,50 M., in den Randrevieren von 3,30 M. je Schicht.

Die Frauen und Jugendlichen in den Kernrevieren erhalten 2 M., in den Randrevieren 1,80 M. je Schicht.

2. Außerdem erhalten alle im Schichtlohn beschäftigten männlichen erwachsenen Arbeiter mit Ausnahme der in § 5 Ziffer 5 des Vertrages aufgeführten ein Gedingeausgleich von 2,50 M. je Schicht.

Frauen und Jugendliche dagegen 1,50 M. je Schicht.

3. Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahre 70 M., im zweiten 90 M., im dritten 110 M. pro Woche. In den Randrevieren 5 Prozent weniger.

Diese Erhöhungen sollen am 1. Februar 1921 nach Inkrafttreten der Kohlenpreiserhöhungen folgen.

* **Kaninfellauktion „Mukrena".** (Eigener Drahtbericht.) Die gestern in Leipzig abgehaltene dritte Kaninfellspezialauktion der „Mukrena" verlief im allgemeinen der jetzigen Marktlage entsprechend. Angeboten waren ungefähr 300 000 Kaninfelle, 20 000 Hasenfelle, 10 000 Katzenfelle und 25 000 Riesenfelle. In Kanin gingen Schmelzkanin im Preise zurück, während Lebertanin und Kürschnerkanin sich zum Teil noch gut behaupten konnte. Hasen waren verhältnismäßig stark angeboten, letztpreisig. In Ziegen zogen Hebertinge zum Teil etwas an, während für alte Ziegen das Interesse nicht mehr bedeutend war. Der Besuch der Versteigerung war ziemlich lebhaft.

* **Zusammenschluß im Hamburger Holzgroßhandel.** Zwecks Wahrung ihrer gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Interessen haben sich die Groß-Hamburger Holzgroßhandelsfirmen zu einem „Arbeitgeberverband der am Holzhandel beteiligten Firmen" zusammengeschlossen.

Bedeutende Kapitalsvermehrung der Deutschen Maschinenfabrik Akt.-Ges. in Duisburg. Die Verwaltung beruft eine außerordentliche Generalversammlung, in der die Aktionäre über die Erhöhung des Aktienkapitals um 30 auf 65 Millionen Mark beschließen sollen. Die neuen Aktien sind ab 1. Januar 1921 dividendenberechtigt. In Zukunft soll jeder Vorzugsaktie ein zehnfaches Stimmrecht gewährt werden.

- **Erste automatische Gummiartikelfabrik vorm. Friedr. Fischer A.-G. in L. in Schmiedefurt.** Auf der Tagesordnung der am 12. Febr. stattfindenden Hauptversammlung steht auch Beschlußfassung über Beendigung der Liquidation und Verteilung der vorhandenen Masse.

Die Deutsche Verkaufsstelle für gewalzte und gepreßte Bleifabrikate in Köln hat ihre Preise mit Gültigkeit ab 31. Januar um 50 Mk. für 100 Kilogramm ermäßigt, so daß sich der Verkaufsgrundpreis bei Abnahme von 50 Tonnen auf 700 Mark für 100 Kilogramm stellt.

* **Schiffsverkehr auf der Saale.** Mitgeteilt von der Rhederei der Saale-Schiffer, A.-G., Halle a. S. Angekommen am 24. Januar 1921 Eilfrachtdampfer „Wettin" mit Stückgut von Hamburg und Lübeck.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Berlin, 25. Jan. Die wesentliche Besserung des Markkurses in New-Yorkk und die daraufhin erfolgte Abschwächung der hiesigen Devisenkurse veranlaßte in allen Industriewerten Abgaben, die je nach ihrer effektiven Betätigung in den einzelnen Werten mehr oder minder empfindliche Kursrückgänge zur Folge hatten. Dabei konnte keineswegs von einem übermäßigen Verkaufsdrang gesprochen werden, aber der Mangel an Käufern brachte es mit sich, daß die angebotenen Waren nur zu wesentlich ermäßigten Kursen Aufnahme fanden. Meist waren Rückgänge von 10 bis 20 Prozent zu verzeichnen, darüber verloren Hamburg-Südamerika-Dampfschiffahrt 35, darüber verloren Hamburg-Südamerika-Dampfschiffahrt 35, Otavi 25, Kanada 65 und mexikanische Anleihen etwa 33 Prozent. Banken waren besser gehalten und der Anlagemarkt wurde von einer festen Tendenz beherrscht, offenbar weil sich das Kaufinteresse diesen Papieren wieder zugewendet. Namentlich Deutsche Anleihen und Preußische Konsols zogen hieraus Nutzen.

Produktenbericht. Berlin, 25. Jan. Am Produktenmarkt wirkte der Rückgang des Dollarkurses sehr nachteilig auf den Preisstand ein. Mais war erheblich billiger käuflich. Für Hülsenfrüchte, die dringend angeboten waren, zeigten sich keine Käufer am Markte, da weitere Preisrückgänge erwartet werden. Auch Futtermittel waren schwer abzusetzen. Für Oelsaaten und Rauhfutter haben sich die Verhältnisse nicht gebessert. Wetter: kälter, schön.

Berliner Produktenmarktpreise.
Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	25. Januar	24. Januar
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	140—145	145—150
kleine	120—130	130—140
Futtererbsen	110—115	115—120
Linsen	—	—
Peluschken	105—110	107—115
Ackerbohnen	115—120	11[illegible]—116
Wicken	90—100	95—105
Lupinen, blaue	55—60	55—60
gelbe	63—70	65—70
Seradella, alte	50—65	50—68
neue	50—65	50—68
Vicia villosa	—	—
Raps	—	—
Rübsen	—	—
Leinsaat	250—290	280—300
Mohn	—	—
Senfsaat	—	—
Hirse, in- u. ausländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	53—58	53—58
Torfmelasse	52—54	52—54
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	28—32	28—32
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtgepreßt	17—18½	17—18½
„ gebündelt	16—17½	16—17½
Roggen-Langstroh	20—22	20—22
Runkelrüben	7½—8½	7½—8½
Möhren, rote	—	—
„ gelbe und weiße	—	—
Mais, loko Hamburg-Bremen	—	—
per Januar	141	148

Leipziger Notierungen. Leipzig, den 25. Januar.

Chemnitzer Bankverein	203,—	Leipziger Malzfabrik	180,—
Leipziger Hypothekenbank	157,—	Mansfelder Kupfer	475,—
Mitteldeutsche Privatbank	212,50	Oelsnitzer Kuxe	925,—
Gröllwitzer Papierf.	412,—	Pittler, Leipzig	517,—
Glauziger Zuckerfbr.	1175,—	Prehlitzer Stamm-A.	—,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	—,—	„ Prioritäts-Akt.	2000,—
Hallesche Zuckerraff.	427,—	Riebeckbier	215,—
Portland-Zement	190,—	do. Vorzugsaktien	117,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	38,—	Rositzer Zuckerfabr.	350,—
Körbisdorfer Zuker.	700,—	Rudelsburger Zementfabrik	—,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	620,—	Sachsenwerk	340,—
		Sondermann & Stier	232,50
		Stöhr & Co.	450,—
		Zimmermann, Halle	250,—
		Zimmermann, Chemnitz	283,—

Berliner Metallnotierungen:
Berlin, 25. Januar. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98—99%	1250/1275	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtwaren)	2850
Orig.-Hütten-Weichblei	450/460	Zinn (Banca-Straits-Billton)	4600/4400/4300
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	480/510	Hüttenzinnmind. 99%	4000
Remelted-Platten-Zink	330/340	Reinnickel (98-99%)	4100
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	2700	Antimon (Regulus)	725
		Silber in Barren, ca 900 fein 1 kg	900
		Elektrolytkupfer per 100 kg	1683

Letzte Devisenkurse. Berlin, 25. Januar.

	Geld	Brief
Brüssel-Antwerpen	438,55	439,45
Italien	212,75	213,75
New-York	56,56½	56,68½
Paris	420,55	421,45
Schweiz	884,10	885,90
Spanien	—,—	—,—
Wien (alte)	—,—	—,—

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher, für politische Nachrichten i. G.: Bruno Weissenborn; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Heilling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gottheim. Für den Anzeigenteil: Paul Sachse, Amtsrat in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101261-16/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 25. Januar.

(Bis 1 Uhr feststellbare Kurse und vollständige Vortagskurse.)

Bankdiskont:

Reichsb. Disk. 5%, Lombardzinsfuß 6%, Italien 5½%, Belgien 5½%, Christiania 7%, Schweiz 7%, Helsingfors 8%, Italien 6%, London 7%, Netherl. 7%, Paris 6%, Prag 6%, Spanien 5%, Wien 4½%, Dt.-Oest. abg. 5%, Prag 6% Banken 6%.

Devisenkurse.

	neuer	vorriger	neuer	vorriger
	geld	brief	geld	brief
Belgien	1863.10	1866.90	1868.00	1902.00
Belgien-Noten			438.55	439.45
Norwegen	1068.90	1091.10	1056.30	1158.70
Dänemark	1143.85	1146.15	1201.25	1203.75
Schweden	1211.25	1213.75	1263.70	1265.30
Finnland	189.65	190.00	207.75	208.25
Italien			215.75	216.25
England	213.00	213.50	224.75	225.25
Amerika			59.44	59.50
Frankreich			42.65	42.75
Schweiz			934.05	935.95
Spanien			799.20	800.80
Wien 4½ %				
D.-Oesterr.	16.48	16.52	15.73	15.77
Prag	76.50	77.10	73.15	73.35
Budapest	11.60	11.64	10.98	11.02

Deutsche Anleihen

			heut. Kurs	vorriger Kurs
Reichsanl. 14		5	99.80	99.80
do. 15 ult. 1922		5	80.50	80.40
do. 16 ult. 32		4½	72.00	72.00
do. 10 ult. 24		4	57.00	57.00
Reichsanleihe 24		3	77.50	77.50
do.		4	68.60	68.60
do.		3%	64.00	64.00
do.		3	67.60	67.30
Schutzgebiete		4	71.60	72.25
Sparprämien-Anleihe		3	85.60	85.50
Pr. St.-Schatz 21		5	100.00	100.00
do. 1. 2. 22		5	99.00	98.75
do. 1. 11. 22		5	98.50	98.75
do. rest. 1914		4½	84.50	84.00
Preuß. Konsols		4	67.00	67.00
do. do. Staff. A.		3½	58.80	58.00
do. do. B.		3½	58.40	58.00
do. do.		3	57.00	55.40
Bad. Staats. 01		4	76.25	76.25
Bay. St.-Anl.		4	65.25	65.50
do.		3½	65.50	65.40
Brem 19 ult. 30		4%	98.50	98.50
do. 08. 09. 11		4	96.00	94.75
Hamburg St.-R.		3½	68.00	68.50
do. a. St. A. u. 21		4%	82.75	83.10
Sächs. St.-Anl. 13		4	71.25	70.25
do. Staats-Rente		3	58.00	58.00

Stadtanleihen

			heut. Kurs	vorriger Kurs
Altona		4	73.25	73.25
Berlin 04		4	83.50	83.50
do. 15		4	83.50	82.75
do. 02		3½	57.00	57.00
Bremen		4	38.25	38.00
Cassel		4		
Charlottenberg		4	91.10	91.000
do. 08		4	78.75	77.00
Cöln 08		4		91.000
do. 12		4	91.25	90.75
do. 19		4	90.30	90.000
Danzig		4	104.50	103.10
Dortmund		4	91.50	91.50
Dresden		4	80.25	80.25
Düsseldorf		4	85.00	85.25
Frankfurt a. M.		4	89.50	96.25
do.		3½	86.50	86.000
Hannover		3½		
Königsberg		4	84.25	83.000
Magdeburg 06		4		
München		4	94.10	94.10
Nürnberg		4	94.00	94.100
Posen		4		
Stettin 09		4	74.75	74.75
Stettin		3½	77.50	77.50
Stuttgart		4	90.50	93.000
Wilmersdorf		4		73.000

Preuß. Pfandbriefe

			heut. Kurs	vorriger Kurs
Berliner Pfandbr.		4	95.00	95.40
do. neue		4	500.00	500.00
do. neue		3½	83.75	----
Brandbr. Pfrndbrf		4	97.25	97.250
Kur- u. Neum.		3½		----
do. Comm.		4	99.25	99.50
Schles. Centr.		4	99.00	99.00
Ostpreuß.		4	88.50	88.000
Pommersche		4	100.30	100.60
Sächsische neue		4	99.50	99.00
Schlesische		4	98.70	98.100
Schleswig-Holst.		4	105.00	105.00
Westfälische		4	99.75	101.00
Westpr. Ritrschf.		4	66.10	67.000
Brd. Gire		4½	100.50	100.50
Berlin Gire		4	93.50	93.75
Dr. Berlin		4	73.50	72.00
Pomm. Gire		4	56.25	55.75

Landesanleihen

			heut. Kurs	vorriger Kurs
Augsburg			86.00	84.00
Braunschweig			400.00	500.00
Cöln-Minden		3½	164.00	166.75
Hamburg		3		
Hildesheim			173.50	
Sa.-Meiningen			99.00	99.00

Ausland Anleihen

			heut. Kurs	vorriger Kurs
Bosnische L.		4	61.00	90.25
Griechische Mon.		4		344.00
do. Gold		4		334.00
Serbian. 19		5	557.00	559.00
do. 04		4	365.00	369.00
Oesterr. Schatz.		4%	35.00	34.00
do. 14		4	22.00	23.75
do. Gold		4	46.75	46.50
do. Kronen		4	26.75	27.00
do. Rente		5		28.00
Rumän 03		5		142.00
do. 13		4½	119.75	120.00
do. 89		4	102.50	102.50
do. 90		4	119.00	122.25
do. conv.		5	95.12	96.75
do. 05		4	107.00	108.75
Türkische Adm.		4	84.00	84.12
do. Bagdad		4	150.00	150.00
do. unif.		4	150.00	174.00
do. 05		4	71.00	72.00
do. 08		4	70.75	71.50
do. eff.		4	80.00	82.50
do. Loos		4	410.00	448.00
Bay. Staats 13		4	24.00	24.00
do. 14		4	25.00	24.50
do. Gold		4	51.75	50.00
do. 14		4	22.00	22.00
do. Kronen		4	46.50	46.00

			heut. Kurs	vorriger Kurs
Budapest		4	42.00	41.000
Lissabon		4	107.00	113.00
Oslo		5	108.00	110.00
Wien provis.			32.00	30.000
do. Staff		4	21.25	21.000
Chinesen		6	605.00	630.00
Mexican. Bonds		4%	385.00	406.000
Mexikanische		4%	21.00	21.000

Industrie-Pfdb.

			heut. Kurs	vorriger Kurs
Berliner Hypoth. 18		4	94.75	94.75
do. neue		4	90.00	90.00
D.-L.S. Pfdbr. 1. 1. 31		4	93.00	92.75
do. Hyp. Bk. 23		4	90.00	90.00
do. Schiff		4	102.50	100.500
Danzig. Hypoth.		4	85.00	85.100
Deutsche Hypoth.		4	[illegible]	[illegible]
Dresdner Bank		4	[illegible]	[illegible]
Frankfurter Hyp.		4	[illegible]	[illegible]
Frankfurter Pfdbr.		4	[illegible]	[illegible]
Frankfurter Sparkasse		4	[illegible]	[illegible]
Hamburg Hypoth.		4	[illegible]	[illegible]
Hannover Hypoth.		4	[illegible]	[illegible]
Hannover Pfdbr.		4	[illegible]	[illegible]
Hannover Sparkasse		4	[illegible]	[illegible]
Hannover Stadtschaft		4	[illegible]	[illegible]
Hannover Landschaft		4	[illegible]	[illegible]
Hannover Provinz		4	[illegible]	[illegible]
Hannover Provinz		4	[illegible]	[illegible]
Hannover Provinz